

Wirtschaftsfaktor Alter

Deutschland setzt die von der Europäischen Kommission begonnene Debatte zum Thema demografischer Wandel mit einem besonderen Fokus auf das Thema „Wirtschaftsfaktor Alter“ fort. Die Herausforderungen des demografischen Wandels können nur gemeistert werden, wenn die Potenziale und das Erfahrungswissen der älteren Generation für Wirtschaft und Gesellschaft besser erschlossen werden. Gerade das wirtschaftliche Potenzial gewinnt angesichts der demografischen Entwicklung zunehmend auch für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften an Bedeutung. Das Thema „Wirtschaftsfaktor Alter“ bildet deshalb einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Am 17. und 18. April 2007 findet dazu in Berlin ein Kongress zum Thema „Demografischer Wandel als Chance: Wirtschaftliche Potenziale der Älteren“ statt.

Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen

Die deutsche EU-Präsidentschaft will die Bedürfnisse und In-



teressen von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse der EU einbeziehen. Bei der Planung der weiteren Aktivitäten sind wie bislang die Jugendverbände beteiligt und darüber hinaus nicht verbandlich organisierte Jugendliche einbezogen. Der Europäische Pakt für die Jugend stellt hierfür einen umfassenden Rahmen dar – das neue EU-Jugendprogramm „JUGEND IN AKTION“ unterstützt seine Umsetzung.

Unter deutschem Vorsitz tagen zwei Jugendministerräte am 16. Februar 2007 und vom 24.–25. Mai 2007 in Brüssel, die sich mit der Umsetzung des Jugendpaktes, der Förderung von Chancengleichheit und sozialer Integration aller jungen Menschen sowie

der Reflexion über gemeinsame Zielvorstellungen der Jugendpolitik in den nächsten zehn Jahren befassen.

Für die Zeit vom 13. bis 16. April 2007 sind im Rahmen des Präsidenschaftsjugendevents junge Menschen aus 33 europäischen Ländern nach Köln eingeladen, um einen Handlungsplan zum Thema „Gleiche Chancen und gesellschaftliche Partizipation“ zu erarbeiten und diesen mit den 27 EU-Generaldirektoren für Jugendpolitik und der EU-Kommission zu diskutieren.

Daneben wird im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft eine Fachtagung zum Thema „Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten – neue Strategien der Kohäsion“ vom 26. bis 28. Juni in Leipzig stattfinden.

Impressum

Herausgeber Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
11018 Berlin, www.bmfsfj.de
Bezugsstelle Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 481009, 18132 Rostock
Telefon: 0 18 05/77 80 90*, Fax: 0 18 05/77 80 94*
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmfsfj.de
Stand Dezember 2006
Gestaltung MEDIA CONSULTA
Druck DruckVogt GmbH, Berlin

Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**, Fax: 0 30 18/5 55 44 00
Montag–Donnerstag, 07–19 Uhr

- * Jeder Anruf kostet 12 Cent pro Minute.
- ** nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr, 4,6 Cent,
sonst 2,5 Cent pro angefangene Minute

Dieser Flyer ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
er wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



* **Schwerpunkte und
Ziele der deutschen
EU-Ratspräsidentschaft 2007**





Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Mitgliedstaaten der EU stehen vor großen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen – ausgelöst vor allem durch die demografische Entwicklung. Die steigende Lebenserwartung bietet große Potenziale für Staat, Gesellschaft, Familie und auch die Wirtschaft: Mit der Stärkung des Generationenzusammenhalts und einer intensiveren Nutzung des Erfahrungswissens der Älteren lassen sich neue Potenziale erschließen – gesellschaftlich und ökonomisch. Gleichzeitig bedeuten weniger Kinder weniger Wohlstand, weniger Dynamik und weniger Innovation. Um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, müssen wir den gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten. Wir brauchen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft. Und wir müssen für eine gerechtere Teilhabe aller am gesellschaftlichen Zusammenleben und im Beruf sorgen – für ältere und jüngere Menschen, Frauen und Männer sowie Familien. Insbesondere müssen wir die Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Erwerbs- und Familienarbeit fördern. Dazu gehören als Bestandteil der Lissabonstrategie auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und bedarfsgerechte Möglichkeiten der Kinderbetreuung.

Diese inhaltlichen Schwerpunkte werden wir im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft aufgreifen und unsere bundesdeutschen Erfahrungen und Vorhaben in die Politik auf europäischer Ebene einbringen. Die Bundesregierung setzt in der Umsetzung der EU-Präsidentschaft dabei in besonderer Weise auf die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen.

Ursula von der Leyen
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Familien- und gesellschaftspolitische Schwerpunkte der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Unter dem Leitgedanken „Den demografischen Wandel als Chance begreifen und Chancengleichheit für alle in Beruf und Gesellschaft fördern“ widmet sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft 2007 folgenden Schwerpunkten:

1. Familien stärken: Mehr Kinder in die Familie und mehr Familie in die Gesellschaft
2. Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Erwerbs- und Familienarbeit fördern
3. Erfahrung ist Zukunft: Chancen erkennen – Erfahrungswissen nutzen – Märkte erschließen
4. Gleiche Chancen und gesellschaftliche Beteiligung für alle Kinder und Jugendliche anstreben

Zur Umsetzung dieser Schwerpunkte gibt es eine Reihe von Initiativen und Vorhaben, die verabschiedet werden sollen. Hierzu gehören u. a.:

Die Europäische Allianz für Familien

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiger Standortfaktor und beeinflusst in hohem Maße unsere Wachstumschancen. Ziel der Europäischen Allianz für Familien, die von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vorgeschlagen wird, ist es deshalb, einen Rahmen zu setzen für einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch in der EU über Familienfreundlichkeit als Standortfaktor der EU und hierbei möglichst konkrete Projekte zu benennen, ohne jedoch Zuständigkeiten zu verlagern bzw. neue Kompetenzen für die EU zu schaffen.

Die Europäische Allianz soll Beiträge zur Umsetzung der Lissabonstrategie für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Roadmap zur Gleichstellung von Frauen und Männern leisten. Die Allianz soll auf europäischer Ebene

ein Bekenntnis zu einer Politik sein, die es den Menschen erleichtert, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden.

Chancengleichheit für Männer und Frauen

Die Bundesregierung unterstützt die europäischen Anstrengungen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Das informelle Treffen der Gleichstellungs- und Familienministerinnen und -minister am 15. und 16. Mai 2007 in Bad Pyrmont steht im Zeichen der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Erwerbs- und Familienarbeit. Auch im Fokus: die Rolle von Allianzen mit der Wirtschaft und die Förderung von Frauen und Kindern mit Migrationshintergrund.

Eine Konferenz zum Thema Gender Budgeting mit dem Titel „Die Verteilung macht's – Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit durch geschlechtersensible Haushalte“ am 4. und 5. Juni 2007 in Frankfurt/Main soll konkrete Schritte in diesem Feld in der EU vorantreiben.

Deutschland wird während seiner EU-Ratspräsidentschaft vorschlagen, anhand welcher Indikatoren die Umsetzung des Kapitels „Bildung und Ausbildung von Frauen“ zur Umsetzung der Verpflichtungen der Aktionsplattform von Peking überprüft werden können.

Deutschland beteiligt sich außerdem aktiv an der Umsetzung des Europäischen Jahres der Chancengleichheit 2007. Neben der zentralen Eröffnungsveranstaltung im Januar organisiert die deutsche EU-Präsidentschaft vom 18.–20. Juni 2007 in Berlin gemeinsam mit dem Europäischen Netzwerk der Sozialamtsleiter und -leiterinnen, dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge sowie den Wohlfahrtsverbänden eine EU-Fachkonferenz zum Thema „Chancen und Möglichkeiten für alle – soziale Dienstleistungen und Gesundheit in einem vielgestaltigen Europa“.